Alfred Luggenhölscher Architekt Stadtplaner BDA Postallee 11 45964 Gladbeck
Tel. 02043-24089

PPP und die Folgen - Vortrag Berlin 2014 - Alfred Luggenhölscher

Die Steuereinnahmen sind so hoch wie noch nie, aber Deutschland steckt in der Schuldenfalle. Das ist unter anderem das Ergebnis einer konzertierten Aktion von Banken, Beraterfirmen und Baukonzernen, die öffentliches Eigentum und staatliche Infrastruktur der privaten Nutzung zur maximalen Gewinnabschöpfung zuführen soll.

Eine der Speerspitzen dieser unheiligen Allianz ist PPP.
PPP kommt immer dann zum Zuge, wenn die öffentlichen Finanzen eine direkte Finanzierung von Infrastruktur nicht mehr hergeben. Oder wenn ein Minister wie aktuell Herr Dobrindt, dies behauptet, was ebenfalls den PPP-Verfechtern den Ball zuspielt.
Die Verflechtung von PPP-Lobby und Staat über die „Partnerschaften Deutschland AG“ sind offensichtlich.

Das Prinzip klingt zunächst verlockend:
Ein privates Konsortium finanziert die Maßnahme vor, betreibt die Realisierung und übernimmt dann für eine bestimmte Zeit auch den Betrieb und die Instandhaltung.
Der öffentliche Partner zahlt „nur“ ein monatliches Nutzungsentgelt.

Es gehört schon viel Optimismus dazu, anzunehmen dass ein privater Investor dem Staat oder einer Kommune Geld schenkt: Im Nutzungsentgelt sind nicht nur die laufenden Kosten, sondern auch die Kapitalzinsen und natürlich die Gewinne der Baukonzerne, Banken und Berater enthalten. Enthalten ist auch Mehrwertsteuer auf den Kapitaldienst und die Bruttolöhne der vom Betreiber gestellten Beschäftigten, Reinigungskräfte und Hausmeister z.B.!
Schon aus diesem Grunde sollte jeder denkende Mensch vermuten, dass PPP kaum günstiger als eine staatliche oder kommunale Eigenerstellung des jeweiligen Projektes werden kann. Die so genannten „Effizienzvorteile“ werden von den eingepreisten Zinsen, Berater-Gewinnen und höheren Mehrwertsteueranteilen wieder aufgefressen, abgesehen davon, dass „Effizienzvorteile“ nur behauptet werden können, wenn man die Baufachleute im öffentlichen Dienst als völlig inkompetent und ineffizient abstempelt. In Wahrheit haben diese Mitarbeiter jedoch schon tausendfach große Projekte erfolgreich gemeistert.

Hat ein öffentlicher Partner erst einmal dem PPP-Vertrag zugestimmt, verlangt die Bank eine so genannte „Forfaitierung mit Einredeverzicht“. Damit tritt der öffentliche Partner alle Verpflichtungen gegenüber dem „privaten“ Partner als Paket an eine Bank ab ohne später daran noch etwas ändern zu können. Durch diesen Trick wird ein Gebäude oder eine Straße zu einem anonymen Finanzprodukt, das auf den Finanzmärkten gehandelt wird. So verkauft man die Zukunft unserer Kinder.

Diese Konstruktion sowie die übliche Geheimhaltung der Verträge macht es enorm schwer, einen PPP-Vertrag zu analysieren und wieder aufzulösen wenn er sich nach einigen Jahren als äußerst nachteilig für den öffentlichen Partner erweist.

Die an die Banken verkauften Nutzungsgebühren liegen auf Jahre hinaus fest. Betriebskosten sind aber meist an Indizes gekoppelt und steigen mit der Zeit, was die Gesamtkosten weiter in die Höhe treibt. Die vielgerühmte „Lebenszeitbetrachtung“ bei PPP ist daher kaum verlässlicher als die Wettervorhersage.
Flexibilität? Anpassung an veränderten Bedarf oder evtl. sinkende Zinssätze? Fehlanzeige! Auch hier lauern Kostenfallen! Selbst wenn ein Objekt komplett überflüssig wird, muss es weiter bezahlt werden.

Da PPP vor allem zur Umgehung von Haushaltssperren genutzt wird, wenn der öffentliche Partner keine Kreditgenehmigung für eine Eigenrealisierung bekommt, ist auch klar, dass die teuren

Alfred Luggenhölscher Architekt Stadtplaner BDA Postallee 11 45964 Gladbeck
Tel. 02043-24089

Nutzungsgebühren in der Folge nicht aus dem normalen Budget bezahlt werden können.
Es werden also für die Zahlung der Monatsraten ständig neue Kredite aufgenommen. So häuft sich über die Laufzeit des Vertrages ein stetig wachsender Riesen-Kredit an, mit entsprechenden Zinslasten. Aus der anfänglichen „Erleichterung“ wird eine Schuldenfalle.

Im Fall Gladbeck wird z.B. bei Herstellungskosten von ca. 16 Millionen € aus der Summe der Nutzungsgebühren (ca. 47 Millionen Euro) innerhalb von 25 Jahren ein Schuldenberg von 225 Millionen Euro, ohne jede Chance, dies jemals zu tilgen. Wenn man die Schuldenentwicklung auf der Basis der bisher bekannt gewordenen Zinszahlungen weiter hochrechnet, werden die PPP-Rathaus-Schulden in Gladbeck im Jahre 2051 die 2-Milliarden-Marke überschreiten.
Welcher private Bauherr käme auf die Idee, zur Zahlung seiner Baukredit-Raten und zum Unterhalt des Hauses ständig neue Verbraucherkredite zu deutlich höheren Zinssätzen aufzunehmen?

Der Ruin ist vorprogrammiert und die Banken werden sich mit der Zins-Beute straflos davonmachen wenn hier keine Überprüfungen und entscheidende Gesetzesänderungen beschlossen werden.

Wäre diese Entwicklung schon vor Vertragsabschluss offen dargelegt worden, so wären die meisten PPP-Verträge nicht zu Stande gekommen. Hier liegt die **Schuld eindeutig bei den Beratungsunternehmen**, die über die Langzeitfolgen der Verträge nicht informierten und PPP schön rechnen. Über entsprechende Regressforderungen sollte man daher ruhig einmal nachdenken. Auch könnten die Beratungsmängel einen Fortfall der Geschäftsgrundlage begründen, die Verträge wären somit nichtig..

Auch der letzte **Bericht des Bundesrechnungshofes** macht dies deutlich:
Demnach liegen die Zinsen der Privatfirmen derzeit vier Prozentpunkte über jenen, die der Bund zu zahlen hat. Bei einer Kreditsumme von einer Milliarde Euro zahlt der Bund bei einem Zinssatz von einem Prozent in 30 Jahren insgesamt 1,3 Milliarden Euro, bei einem Zinssatz von fünf Prozent sind es 4,3 Milliarden.
Damit ist eindeutig klar, wer aus PPP Nutzen zieht und wer nicht.

Wie sieht es in Europa aus?
Gemäß einer Berechnung der GiB 2014 verbleiben nach der Teilrückzahlung seit 2003 in Europa Schulden für PPP-Projekte von 162 Milliarden Euro. (Berechnung GiB, 2014).
Analog zu der „Doppelzins“-Entwicklung in Gladbeck ist absehbar, dass die PPP-Verschuldung angesichts der Zahlungsunfähigkeit vieler EU-Länder ebenfalls in eine endlose Schuldenspirale übergeht.
Wenn die EU derzeit sogar noch Druck ausübt, die Privatisierung in den betreffenden Ländern voranzutreiben, ist die Überschuldung der öffentlichen Infrastruktur in Europa ebenso unaufhaltbar wie in vielen Kommunen Deutschlands.
Deutschland wird auch die Europäischen PPP-Schulden zum großen Teil mit tragen müssen. Eine gründliche Evaluierung in ganz Europa ist daher auch im deutschen Interesse angeraten.

Warum gibt es so wenig Überprüfung und Transparenz?
Überwiegend ist es lobbygesteuerter Druck von oben, der die Aufklärung behindert.
Was sollte veranlasst werden, um die fortschreitende Verschuldung durch Privatisierung unserer Infrastruktur zu bremsen?
Es muss zunächst festgestellt werden, wie hoch der bisherige Schaden ist. Eine unabhängige Evaluierung der bestehenden Projekte ist unerlässlich.
Die Untersuchungen der PPP-Taskforce, der Partnerschaften Deutschland AG oder der von diesen beauftragten Dienstleister (z.B. Universität Freiberg) sind nicht aussagekräftig, da kritische Fakten (wie z.B. doppelte Verzinsung und Mehrwertsteuer auf Kapitaldienst) und Löhne stets unterdrückt werden und das wahre Ausmaß der Schulden nicht transparent wird..

Alfred Luggenhölscher Architekt Stadtplaner BDA Postallee 11 45964 Gladbeck
Tel. 02043-24089

Eine unabhängige Evaluierung könnte z.B. in der Regie des Bundesrechnungshofes erfolgen, der sich bereits mehrfach verdient gemacht hat indem er die Unwirtschaftlichkeit von PPP-Projekten nachwies und vor den Folgen warnte.

Alle öffentlichen Partner mit bestehenden PPP-Verträgen sollten vorab folgende Fragen beantworten:

- Höhe der Gesamtkosten für das jeweilige Objekt
- Höhe der monatlichen Zahlungen für das PPP-Projekt (Nutzungsgebühr)
- Laufzeit der Verträge
- Aufteilung der Nutzungsgebühr in Kapitaldienst und Betriebskosten
- Bisher verstrichene Laufzeit der Verträge und bisher gezahlte Zinsen / Tilgungen für Folgekredite zur Zahlung der Nutzungsentgelte.
- Gesamtschuldenstand des öffentlichen Partners

Aus diesen Daten, die allen öffentlichen Partnern vorliegen, kann schnell ersehen werden, wie teuer die bestehenden PPP-Projekte wirklich sind und ob eine Auflösung der Verträge, ein **Rückkauf der Objekte** mit anschließender Neufinanzierung oder sogar ein **Schuldenschnitt** angestrebt werden sollte. Auch die Frage nach möglichen Regressforderungen gegenüber den jeweiligen Beraterfirmen kann auf der Grundlage dieser Daten geklärt werden. Es wäre wegen der offensichtlichen Mängel bei der Beratung keineswegs angemessen, wenn die Banken Vorfälligkeitsentschädigungen bei Rückkauf der Darlehen verlangten.
Noch ein Vorschlag: Wenn die EZB den durch PPP geschädigten öffentlichen Partnern für eine Umschuldung Direktkredite zum gleichen niedrigen Zinssatz geben würde, für den sich die Geschäftsbanken bei der EZB mit Geld bedienen, würden viele Milliarden Steuergelder ganz einfach eingespart! Die Zukunft sähe dann weniger dramatisch aus.

Unsere bisherigen Versuche, eine solch unabhängige Evaluierung anzuregen wurden bisher von allen öffentlichen Stellen ignoriert. Stets wurde auf die Alibi-„Evaluierungen“ der Partnerschaften Deutschland und ihrer Dienstleister verwiesen.

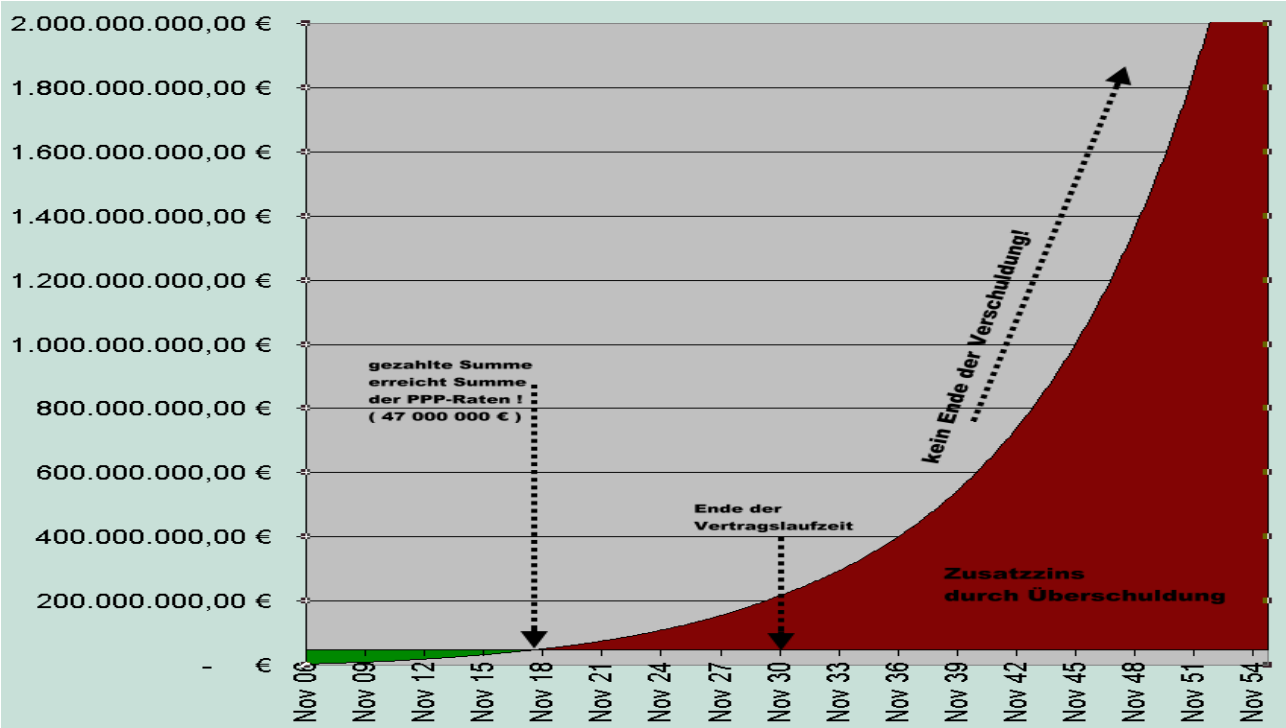
Nur konsequent aufgebauter und stetig erhöhter Druck auf die öffentlichen Partner kann bewirken, dass die vollständigen Daten erhoben und transparent veröffentlicht werden.

Ich möchte daher alle hier Anwesenden auffordern, sich mit aller Kraft für eine **unabhängige und bundesweite Evaluierung als Grundlage von Rückkauf/ Umschuldung** bestehender Projekte und die Vermeidung weiterer PPP-Projekte einzusetzen...

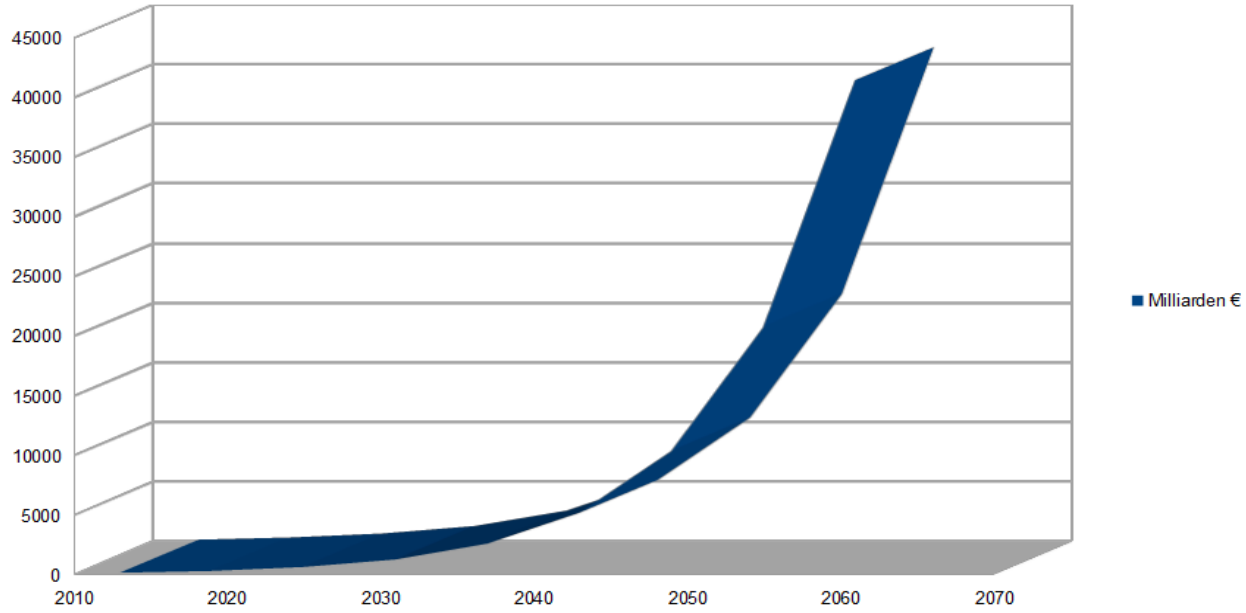
Das Finanzministerium sollte angeregt werden, diese Evaluierung und Umschuldung auch in den anderen Ländern der EU durchzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Alfred Luggenhölscher Architekt Stadtplaner BDA Postallee 11 45964 Gladbeck
Tel. 02043-24089



Schuldenentwicklung für das PPP-Rathaus in Gladbeck auf der Grundlage der bisherigen Zins-und Tilgungszahlungen der Stadt. Projektstart 2006. Bereits 2018 wird die Summe aller Nutzungsentgelte für 25 Jahre Vertragslaufzeit erreicht sein. Danach steigt die Verschuldung rapide an, ohne jede Chance auf Tilgung. Der Vergleich von offiziell bei Vertragsabschluss genannten Kosten (47 Millionen) mit den tatsächlich auflaufenden zeigt die Unwirtschaftlichkeit des Projektes.



Prognose des ungebremsten PPP- Schuldenanstiegs in Europa, analog zum Fall Gladbeck (Verdopplung der Schulden alle 6 Jahre!) **Von 146 Milliarden 2014 auf über 5 Billionen 2050**!